

Anpassung oder Widerstand?

Rede am 19. März 1983 im Berliner Reichstagsgebäude in einer
Gedenkveranstaltung der SPD zur 50. Wiederkehr der Verabschiedung des
Ermächtigungsgesetzes¹

Von:

Willy Brandt

Mit freundlicher Unterstützung des

[Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn](#)

Wehrlos, aber nicht ehrlos: Dies können wir als Kernwort jener Rede verstehen, mit der Otto Wels den Nazis – am 23. März vor fünfzig Jahren – die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum Ermächtigungsgesetz verweigerte. In dieser denkwürdigen Rede griff er somit eine Formulierung auf, die gleich nach dem Ersten Weltkrieg in dem einmütigen Protest der Nationalversammlung gegen das Friedensdiktat der Siegermächte ihren Platz gehabt hatte.²

Dieser Rückgriff war sicherlich zu einem guten Teil taktisch bestimmt. Im Übrigen wirft er die Frage auf, was eigentlich heißt für die Führung einer Massenpartei oder Volksbewegung, ihre Anhänger nicht mehr zur Gegenwehr rufen zu können – oder zu meinen, sie nicht mehr rufen zu dürfen? Und die andere Frage: Wenn du eine tödliche Gefahr erkannt hast, was einzusetzen ist dir dann nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten, sie nach Möglichkeit abzuwenden?

Noch besser: Wie hilfst du vorzubeugen, dass sich die Wahl nicht noch einmal stellt zwischen dem, was man dir nehmen kann – Freiheit und Leben – und der Ehre, die du dir nicht nehmen lässt!³ Denn natürlich kann es uns nicht gelüsten nach einem Heldentum, das zu üben man von anderen erwartet. Und das womöglich unter den Bedingungen der Massenzerstörungsmittel und einer staatlichen Allmacht, die objektiv noch wirksamer sein könnte als jene der dreißiger Jahre.

Heute, da wir wissen, wie fürchterlich es damals weiterging in Deutschland, bis alles in Scherben lag, sehen wir vielleicht doch deutlicher als es vielen der Damaligen möglich war, wie strahlend sich die Rede von Otto Wels abhebt von den finsternen Niederungen, in die Deutschland zunehmend abglitt.

1933, das Schicksalsjahr, so heißt es oft. Aber das war kein vorgezeichnetes Schicksal, das sich da erfüllte: Es war schlimmster Mutwille und grenzenloses Verbrechen – proklamiert, exekutiert und nicht verhindert. Man wird jener Rede nur richtig gedenken können, wenn man zugleich erkennt, wie großartig sie war und wie begrenzt sie bleiben musste.

Und: Wir dürfen uns auf diese Rede nur berufen, wenn wir entschlossen sind, alles dafür zu tun, dass sich ein Dilemma wie das des Jahres 1933 nicht noch einmal ergibt. Das heißt, wenn es denn sein müsste, rechtzeitig wirksamen Widerstand dagegen zu leisten, dass das eigene Volk noch einmal abstürzt ins Unmenschliche.

Der andere Kernsatz der im Zustand tödlicher Bedrohung gehaltenen Rede: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“ Und an die Adresse Hitlers: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“⁴ Aber Menschen, sollte sich zeigen, Millionen von Menschen.

Ja, sie waren wehrlos, die sozialdemokratischen Abgeordneten drüben in der Krolloper, wohin man das Reichstag-Plenum ausgelagert hatte – wehrlos, aber nicht ehrlos gegenüber einer erdrückenden, teils fanatischen, teils unterwürfigen, teils übertaktierenden Mehrheit. Und angesichts des mordlüsternen Gebarens uniformierter Nazis, nicht nur vor dem Tagungsgebäude, sondern bis in den Plenarsaal.

Die wenigsten vermögen sich heute noch vorzustellen, wie viel Mut dazu gehörte, vor aller Öffentlichkeit dem braunen Kanzler entgegenzutreten.⁵ Die geforderte „Ermächtigung“ sollte ja nicht weniger bedeuten, als die Verfassung auch in aller Form aus den Angeln zu heben.

Die Nazis hatten einen perversen Sinn für Ordnung. Erinnern wir uns des Zusammenhangs: Am 30. Januar eroberte nicht, sondern erschlich Hitler die Regierungsmacht mithilfe derer, die kapitalstark und reaktionär zugleich geblieben waren. Und die sich dann irrten, sofern sie geglaubt hatten, über die braunen Formationen wie ihre Werkzeuge verfügen zu können. (Wer widerliche Texte studieren will, lese nach, was die Verbände der sog. Wirtschaft pikanterweise am 23. März 1933 von sich gaben.)⁶

Druck und Terror setzen rasch ein; recht dosiert, wenn man daran denkt, was noch folgen sollte. Ende Februar musste der Reichstagsbrand herhalten, um Massenverhaftungen zu rechtfertigen. Die Reichstagswahlen am 5. März waren bei weitem nicht mehr frei. Sie brachten der NSDAP allein nicht die Mehrheit, sondern nur gemeinsam mit den Deutschenationalen, den – wenn man genau hinguckt – eigentlichen Totengräbern der Weimarer Republik.⁷

Den Abgeordneten der KPD, immerhin noch 81 unter den Bedingungen der Märzwahl, wurden die Mandate kurzerhand aberkannt. Von den 120 SPD-Abgeordneten konnten 26 zur Sitzung am 23. März schon nicht mehr kommen. Hinter ihren Namen steht in der Sitzungsniederschrift ein Strich oder der Vermerk „krank“. Das war gelogen. Von der Infamie, mit der von da an in Deutschland gelogen wurde, hat sich unsere politische Kultur nie ganz erholt.

Wilhelm Sollmann, Chefredakteur der Rheinischen Zeitung und zeitweilig Reichsinnenminister, lag nach einem SA-Überfall schwer verletzt in einem Kölner Krankenhaus. Julius Leber, der militante Lübecker, der ursprünglich aus dem Elsass kam, war schon verhaftet gewesen und wurde nun – die SA hatte eine Gasse gebildet, durch die die Abgeordneten mussten, als sie aus ihrer Fraktion kamen – auf dem Weg in die Plenarsitzung festgenommen. So auch der langjährige Innenminister Preußens und des Reichs, Carl Severing, der allerdings wieder freikam. Kurt Löwenstein, der Neuköllner Stadtschulrat und Vorsitzende der Kinderfreunde-Bewegung, war durch SA-Schläger gezwungen worden, sein Mandat abzugeben. Carlo Mierendorff, der kraftvolle Hesse, gehörte zu denen, die damals nicht mehr nach Berlin kommen konnten. In der Sitzung vom 21. März beantragte Hans Vogel, der fränkische Mitvorsitzende unserer Partei, dass neun hier nicht genannte Abgeordnete aus der Haft entlassen würden; der Antrag wurde gerade noch dem Ausschuss überwiesen. Männer wie Otto Braun und Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding und Philipp Scheidemann, Wilhelm Dittmann und Arthur Crispian hielten sich fern, weil sie meinten, noch weniger als andere ihres Lebens sicher sein zu können.

Man muss sich das einmal vorstellen: So waren die Verhältnisse schon im März 1933 – aber immer noch und immer wieder gibt es Verdummer und Verdummte, die die Nazizeit in eine gute und eine schlechte Hälfte teilen. Es war das schiere Verbrechen, von Anfang an.⁸

Es waren also nur 94 statt 120 sozialdemokratische Abgeordnete, die anwesend sein konnten, um mit Nein zu stimmen und in deren Namen Otto Wels das unterwürfige „Ja“ verweigerte. Die Sozialdemokraten blieben damit völlig allein. Aber nicht einer von den 94, der in die Knie gegangen wäre, selbst nachdem honorige Kollegen aus der Zentrums-Partei in den Vorstand der SPD-Fraktion gekommen waren, um hilfreich davor zu warnen, dass die Nazis ein Blutbad unter den Sozialdemokraten planten. Doch nicht einer von denen, die Grund zu solcher Warnung sahen, setzte sich über das Kalkül ihrer jeweiligen Partei hinweg, besser davonzukommen, wenn man die Sozialdemokraten allein ließ. Es hat, wenn man genau hinschaut, böse Formen des Zusammenspiels mit den Nazis gegeben – im Reichstag auch schon 1932.⁹

Wie viel schlichter Mut war da unter diesen 94: Josef Felder hat uns eindrucksvoll beschrieben, wie es in der Fraktionssitzung zuging, wo ernsthaft diskutiert wurde, ob man sich überhaupt zur Abstimmung in die Krolloper begeben sollte. Und uns sind Wilhelm Hoegners

Sätze gegenwärtig: „Wir lehnten es mit aller Schärfe ab, uns aus Angst vor dem Tode zu entmannen [...]. Gleichviel was kam, wir hatten unsere Pflicht zu erfüllen.“¹⁰

Wels war nahe gelegt worden, sich zurückzuhalten und die Erklärung der Fraktion durch einen jüngeren Abgeordneten vortragen zu lassen. Die waren – Kurt Schumacher zum Beispiel – dazu gern bereit. Doch Otto Wels winkte ab: „Ich bin in besseren Zeiten Euer Vorsitzender gewesen, nun will ich auch in schlechten Zeiten für die Partei eintreten.“¹¹

Wels, seine Freunde, Genossen und Kollegen standen im Land nicht allein. Viele Anhänger der alten Arbeiterbewegung wollten für ihre gerechte Sache weiterhin geradestehen und waren auch bereit, dafür sogar das letzte Opfer zu bringen. An sie wandte sich der Vorsitzende, als er – unter johlendem „Lachen der Nationalsozialisten“, wie das Protokoll vermerkt – seine Reichstagsrede mit den Worten abschloss: „Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standfestigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Wenn wir uns damaliger Reden und Handlungen erinnern, so gewiss nicht, um uns mit dem Leid unserer Vorgänger zu brüsten. Doch auch hier ist an der geschichtlichen Wahrheit nicht vorbeizukommen: Das erste Konzentrationslager, Dachau, stand fast auf den Tag bereit, 50 weitere Lager folgten im selben Jahr im ganzen Reichsgebiet.¹² Die Grundfreiheiten waren mit der Reichstagsbrandverordnung längst eingeschränkt. Nur eine Woche nach dem Ermächtigungsgesetz begann auch der amtlich sanktionierte Terror gegen die Menschen jüdischer Herkunft.¹³

Wir erinnern uns des Fürchterlichen, weil wir es denen, die es durchgemacht haben, schuldig sind. Und wir erinnern uns möglichst genau, weil wir unsere Verpflichtung gegenüber der Zukunft empfinden. Heute brauchen wir keine Helden zu sein – der Mut, der uns heute abverlangt ist, heißt: etwas Zivilcourage.

Unsere staatsbürgerliche Aufrichtigkeit hat sich im politischen Alltag zu erweisen. In der von Wels beschworenen „helleren Zukunft“¹⁴ schwang jene Zukunftsgläubigkeit mit, die erst noch richtig erschüttert werden sollte und die doch der jungen Arbeiterbewegung einstmals viel Kraft vermittelt hatte. Hier lag aber auch – wie so oft in der Politik, oder im Menschlichen überhaupt – Großes neben Kleinem, Erhabenes neben Lächerlichem, Verzweiflung neben Hoffnung. Es gab Bekennermut, aber auch naive Hilflosigkeit.

Beispiel: Hitlers scharfe Antwort war keineswegs, wie behauptet wurde, eine spontane Erwiderung, sondern ein vorformulierter Text¹⁵, nachdem Chefredakteur Friedrich Stampfer für die Sozialdemokraten dafür Sorge getragen hatte, dass der Presse – und damit den anderen Fraktionen, einschließlich der NSDAP – die Wels-Rede vorweg zur Kenntnis gebracht wurde. Auch dies eine Variation zum Thema: Ordnung muss sein.

Der Parteivorsitzende Otto Wels – Berliner Tapezierer, Gewerkschafts- und Parteifunktionär, immer der Partei-, bewusst nie der Regierungsarbeit verbunden – war damals sechzig Jahre alt. Anfang Mai 1933 bat ihn der SPD-Vorstand, ins Ausland zu gehen. In Paris ist er 1939 gestorben, der Zweite Weltkrieg hatte gerade begonnen. Am Dienstag wird Johannes Rau für uns alle in Chatenay-Malabry Blumen auf sein Grab legen.¹⁶

Dies gehört übrigens auch mit zur geschichtlichen Wahrheit: In den Tagen nach der mutigen Rede, noch im März 1933, fuhr Otto Wels – dazu angeregt durch Göring, der das Wiedererscheinen des „Vorwärts“ in Aussicht stellte – in die Schweiz, um die dortige sozialdemokratische Presse davon abzuhalten, „sensationell“ über das werdende Dritte Reich zu berichten. Andere führende Sozialdemokraten versuchten dies in anderen Nachbarländern – von der Hoffnung geleitet, den Druck dadurch etwas zu lockern, der auf ihrer Partei und ihnen selbst lastete – vergeblich. Ende März suchte sich der Parteivorsitzende noch dadurch Luft zu verschaffen, dass er seine Mitgliedschaft im Büro der Arbeiter-Internationale vorübergehend aufkündigte.¹⁷

Zu den schweren Belastungen jener Monate gehört die Entfremdung zwischen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern. Die Letzteren meinten, durch eine weitergehende Neutralisierung die Legalität ihrer Organisation bewahren und dadurch die Rechte ihrer Mitglieder zum Teil retten zu können. In mehreren Städten schieden Gewerkschaftskollegen aus der sozialdemokratischen Ratsfraktion aus, weil sie hofften, ohne Parteibindung besser bestehen zu können.

Unter den wenigen von Otto Wels hinterlassenen Aufzeichnungen befindet sich eine, die zeigt, dass er nie mehr verwunden hat, wie hier etwas zerbrach, was zum Inhalt seines Lebens gehörte: Plötzlich war an der Spitze des damaligen ADGB niemand mehr für ihn zu sprechen. Als dann noch Ergebnisadressen hinzukamen, die, im Gegensatz zur Empfehlung der Partei, zur Beteiligung am umfunktionierten Ersten Mai aufforderten und der Fußtritt des Zweiten Mai folgte – Besetzung der Gewerkschaftshäuser und Verhaftung vieler Funktionäre

–, da war für Wels der Punkt der Erkenntnis gekommen: Auf diese Weise konnte man nicht weitermachen, es gab keinen Raum für Taktieren mehr.¹⁸

So ließ er dann zwei Tage später, am 4. Mai, durch den Parteivorstand beschließen, dass er – mit Chefredakteur Stampfer und dem Parteikassierer Siegmund Crummenerl, kurz danach wurde die Liste u. a. um Erich Ollenhauer erweitert – Berlin verlassen sollte, um von außen für die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen. „Außen“ hieß zunächst Saarbrücken; das Saargebiet, wie man damals sagte, unterlag noch dem Völkerbund-Statut.

Der Parteivorstand war Ende April aus einer Reichskonferenz, einem Ersatz-Parteitag, hervorgegangen, der bewusst hier im Reichstagsgebäude stattgefunden hatte.¹⁹ Es kamen dann noch zwei für den Zusammenhalt der Partei überaus kritische Situationen:

Als der Reichstag Mitte Mai noch einmal zusammengerufen wurde, hielt es die Mehrheit der ihrer Präsenz nach weiter zusammengeschrumpften Reichstagsfraktion für unausweichlich, einer von Hitler unterbreiteten „Friedensresolution“ zuzustimmen (und dann auch in das gemeinsame Deutschland-Lied einzustimmen). Otto Wels war entschieden anderer Meinung. Hans Vogel reiste mit Stampfer von Saarbrücken zurück nach Berlin, um von der ehrlich gemeinten, aber ihrer Wirkung nach gefährlichen Konzession abzuraten; sie konnten sich nicht durchsetzen.²⁰

Das nächste und insoweit letzte Kapitel: Im Juni wurde eine weitere Reichskonferenz einberufen, und dort wählte man einen Inlands-Vorstand – höchst verdiente Männer wie Paul Löbe und Johannes Stelling waren dabei –, der sich von dem inzwischen in Prag etablierten Exil-Parteivorstand lossagte. Die Reichstagsfraktion, die ein letztes Mal beisammen war, hatte eine entsprechende Empfehlung gegeben. Die Hoffnung: dass sich vielleicht doch ein Stück legaler Duldung bewahren lasse und – noch einmal – das Zentralorgan wieder erscheinen könne.²¹

Es war alles umsonst: Das nun auch offizielle Verbot der „staats- und völkerfeindlich“ genannten Partei folgte umgehend; um die 3.000 Sozialdemokraten landeten auf einen Schlag in Gestapokellern und Konzentrationslagern; mehrere derer, die ein wenig Legalität hatten retten wollen, wurden auf viehische Weise umgebracht.

Historische Würdigungen sollten nicht mit nachträglicher Rechthaberei verwechselt werden. Was politisch abwegig erscheint, muss deshalb nicht unverständlich, es kann vor allem durchaus menschlich sein. Ich will hier nicht die alte und noch immer durchaus nicht leicht zu

beantwortende Frage wieder aufnehmen, ob massiver Widerstand – sei es bei Papens Preußenputsch im Juli 1932, sei es auch noch Anfang 1933 – geboten, möglich und zu verantworten gewesen wäre. Gründe und Gegengründe liegen auf dem Tisch. Meine Meinung ist bekannt: Durch das Ausweichen vor der Entscheidung zum Kampf – auch wenn er erfolglos und opferreich geblieben wäre – konnte umso eher ein Prozess ausreifen, der zur europäischen Katastrophe mit Millionen von Todesopfern führte, auch zur Teilung Deutschlands und Europas.²²

Auf einer Ebene unterhalb der hier angedeuteten Frage begegnen wir der menschlichen Neigung, einer akuten Gefahr nicht klar ins Auge zu sehen, sich falschen Hoffnungen hinzugeben und darauf zu setzen, dass sich das Schlimmste vielleicht doch vermeiden lasse. Wer wollte leugnen, dass solche Neigungen in entsprechenden Situationen – bei weitem nicht nur bei uns in Deutschland – immer wieder durchgebrochen sind!

Doch hier liegt der eigentliche Punkt, von dem aus es Lehren zu entwickeln und zu vermitteln gilt: Stolz auf die eigene Geschichte ist berechtigt, reicht aber nicht aus. Es ist viel wert, guten Gewissens sagen zu können, dass die SPD Ausbeutung überwunden, Demokratie bewirkt, Krieg bekämpft und in Bezug auf ihr Verhältnis zur Diktatur nie nachgegeben hat. Doch darf man sich nicht taub stellen, wo von Schwächen der eigenen Bewegung die Rede ist.

Es bleibt wichtig, vor Illusionen auf der Hut zu sein und sich Standfestigkeit nicht abkaufen oder ausreden zu lassen, wo es um Grundwerte und Grundsätze geht – und wo mit kleinen Schlauheiten ohnehin nichts Vernünftiges zu bewirken ist. Man kann nicht gut – wie es 1932 geschah – erst proklamieren, Hitler bedeute Krieg, um sich kurz danach einzureden, die innenpolitischen Gewichte hätten sich nur „ein Stück weiter nach rechts“ verlagert.²³ So konnte es dazu kommen, den Anbruch der Hitlerherrschaft mit Bismarcks Anti-Sozialistengesetz der Jahre 1878–90 zu verwechseln. Oder sich an eine verfassungsmäßige und allgemein-rechtliche Grundlage zu klammern, die es ja überhaupt nicht mehr gab.²⁴

Und wie sollte man wirklich mit der neuen Lage fertig werden, ohne auf außerparlamentarische Aktionen vorbereitet zu sein? Wie sollte man sich, von allen internen Problemen abgesehen, bei sechs Millionen Arbeitslosen einen Generalstreik zumuten? Ganz zu schweigen von der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung und dem heillosen Abenteuerertum derer, die – ob in Moskau oder Berlin – über die Politik der KPD bestimmten.

Ich bin nicht dafür, Verantwortung zu verschieben, die man selbst zu tragen oder in der eigenen Familie zu suchen hat. Aber für nicht in Ordnung halte ich es, wenn in manchen konservativen Ecken so getan wird, als hätten die Sozialdemokraten allein das Dritte Reich verhindern und die Weimarer Republik retten können. Die 94 Sozialdemokraten am 23. März standen gegen 380 Abgeordnete von NSDAP und DNVP, die verbliebenen Abgeordneten der Mitte-Parteien waren aus ihren Gründen auch nicht auf der Seite der Unseren.²⁵

Bei den Sozialdemokraten liegt der bei weitem geringere Teil der Verantwortung für die böse deutsche Fehlentwicklung. Es war und es bleibt richtig: Krieg und Diktatur hat die SPD nie über unser Volk gebracht. „Hitler kam nicht über uns“, sagte ich am 30. Januar an dieser Stelle, als wir uns der Machtergreifung erinnerten, die keine war: „Hitler wurde empor getragen. Die Nazis wurden erst belächelt, danach als nützlich erkannt – oder verkannt – und dann hochgepäpelt.“²⁶ Nun kann es nicht darum gehen, immer noch einmal ein verbales Scherbengericht zu halten, sondern sich eisern vorzunehmen: Die Schrecken der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen.

Es kann extreme Situationen geben, in denen ein letztes Opfer gefordert wird und geboten ist. Doch aller Inhalt unserer Arbeit hat mit den Bedingungen zu tun, unter denen die Menschen leben können, ohne durch Not oder Gewalt untergehen zu müssen.

Es lohnte sich im Übrigen zu untersuchen, warum man sich bei uns in Deutschland – damals und später – so intensiv auf das Schicksal beruft: als Ausrede, als Appell, ja als Ablenkung von der eigenen Verantwortung.

Bis dann damals einer kam, von dem sie sagten, er sei das Schicksal. Und die vielen, von dem Elend der Niederlagen und der Wirtschaftsdepression heimgesuchten Bürger dieses Landes, die sich – auch das eine noch heute bekannte Übung – geheimnisvollen Mächten ausgeliefert fühlten, nahmen den Diktator an und lieferten sich ihm aus.

Wie eindrucksvoll demgegenüber der Anruf von Otto Wels: sein, unser Bekenntnis zur Menschlichkeit und zum Recht. Dieser Anruf richtete und richtet sich an alle Deutschen. Die Rede vom 23. März 1933 muss ihren Platz nicht allein in der Geschichte dieser Partei, sondern dieser deutschen Demokratie behalten: Weil es wert ist, daran anzuknüpfen, wie hier Frauen und Männer trotz böser Drohung für das eingetreten sind, was richtig und rechtens war. Und wir dürfen wahrlich Stolz darüber empfinden, dass es Sozialdemokraten gewesen sind, die widerstanden.

Man sollte gewiss vorsichtig sein, Geschichte zu Lehrstücken umzuarbeiten. Dennoch glaube ich, hier lässt sich etwas ablesen, was es weiterzuvermitteln gilt: die Bereitschaft, für die Überzeugung einzustehen, nicht eilfertig den vermeintlich leichten Weg zu gehen. Dies ist ja das Übel deutscher Geschichte in den hinter uns liegenden Generationen, dass die Mehrheit der Menschen zu bereitwillig auf den vermeintlich leichten Weg geraten ist.

Für die Abgeordneten, die gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, war es ein schwerer Weg. Er führte in Unfreiheit und Verbannung, ja vielfach in den Tod. Aber es war, wie Otto Wels gesagt hatte: Freiheit und Leben konnte man ihnen nehmen, die Ehre nicht.²⁷

Und so schließe ich mit den Worten, in die auch Hans-Jochen Vogel seine Rede zusammenfasste: Lasst uns von hier an die Stätten unseres Wirkens zurückkehren, nachdem wir einander versprochen haben, „unsere Pflicht so zu tun, dass wir vor denen bestehen können, deren aufrechter und tapferer Haltung wir heute ehrend gedenken“.²⁸

Redaktioneller Hinweis:

Diese Rede ist dem 2012 von Klaus Schönhoven herausgegebenen Band

„Willy Brandt: „Im Zweifel für die Freiheit“, Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, Willy-Brandt-

Dokumente, Band 2“ des [Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn](http://www.verlag-jh-w-dietz-nachf.de) entnommen.

Endnoten

¹ Dem Abdruck liegt die maschinenschriftliche Fassung des Redetextes zugrunde, die im WBA, Aktengruppe 3, 912 überliefert ist. Eine hektografierte Fassung ist veröffentlicht in: SPD-Service Presse/Funk/TV, Nr. 10 vom 19. März 1983, S. 2–7. In einer Broschüre über diese Gedenkveranstaltung unter dem Titel: 1933 – fünfzig Jahre danach. Das Nein der Sozialdemokratie zum Ermächtigungsgesetz vor 50 Jahren (Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Nr. 5, März 1983) sind außer der Rede von Brandt (S. 12–15) auch noch die Reden des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Bundestag, Hans-Jochen Vogel (S. 3–5), und von Josef Felder (S. 6–10), dem letzten 1983 noch lebenden SPD-Abgeordneten, der 1933 mit seiner Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, veröffentlicht. Dort ist die Rede Brandts unter der Überschrift »Anpassung oder Widerstand?« veröffentlicht, die für den Titel des Dokuments übernommen wurde.

² In seiner Rede vor der Nationalversammlung am 23. Juni 1919, in der er begründete, weshalb der Versailler Friedensvertrag von Deutschland unterzeichnet werden müsse, führte Reichskanzler Bauer (SPD) aus: »Einen neuen Krieg können wir nicht verantworten, selbst wenn wir Waffen hätten. Wir sind wehrlos. Wehrlos ist aber nicht ehrlos.« Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327, 41. Sitzung, S. 1140; (<http://www.reichstagsprotokolle.de>). Otto Wels zitierte diese Formulierung Bauers in seiner Reichstagsrede am 23. März 1933, mit der er das Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz begründete: Verhandlungen des Deutschen Reichstags. Bd. 457, 8. Wahlperiode 1933, 2. Sitzung vom 23. 3. 1933, S. 32–34, Zitat S. 32 (<http://www.reichstagsprotokolle.de>).

³ Wels hatte in seiner Rede erklärt: »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht« (S. 33). Vgl. auch *Brandt*, Links und frei, S. 63.

⁴ So Wels am Ende seiner Rede (S. 34).

⁵ Vgl. dazu die Schilderung von Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977, S. 124 ff.; Winkler, Weg, S. 901 ff.

⁶ Aus Anlass des Staatsaktes in der Potsdamer Garnisonskirche hatte das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 21. März 1933 erklärt, die Reichstagswahl vom 5. März 1933 habe die Grundlage für eine stabile Regierung gelegt und die aus der bisherigen Politik resultierenden Störungen des Wirtschaftslebens beseitigt. Ähnlich äußerte sich auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Vgl. dazu *Reinhard Neebe*, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933, Göttingen 1981, S. 200 ff.; *Henry A. Turner*, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

⁷ Die Deutschnationale Volkspartei hatte seit den späten 1920er Jahren unter der Führung von Alfred Hugenberg ein immer enger werdendes Bündnis mit der NSDAP geschlossen. Gemeinsam betrieb man 1929 das Volksbegehren gegen den Young-Plan; im Oktober 1931 bildeten Nationalsozialisten

und Deutschnationale die »Harzburger Front«; am 30. Januar 1933 trat die DNVP in das Kabinett Hitler ein und erhielt bei den Märzahlen 1933 unter dem Namen »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« 8 Prozent der Stimmen. Ohne die Unterstützung der Deutschnationalen hätte die NSDAP, die am 5. März 1933 43,9 Prozent der Stimmen erhalten hatte, keine Mehrheit für ihre Politik im Reichstag gehabt.

⁸ Vgl. zur Situation der SPD und ihrer Reichstagsfraktion im Frühjahr 1933 mit weiteren Einzelheiten *Winkler, Weg*, S. 901 ff.; *Hoegner* (wie Anm.5), S. 124 ff.

⁹ Zur Haltung der katholischen Zentrumspartei in der Endphase der Weimarer Republik vgl. *Rudolf Morsey*, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ›Nationaler Erhebung‹ 1932/33*, Stuttgart 1977. *Hoegner* (wie Anm. 5) berichtet, unmittelbar vor der Reichstagssitzung am 23. März 1933 hätten »befreundete Zentrumspolitiker« die SPD-Fraktion gewarnt, »von den Nationalsozialisten sei ein blutiges Gemetzel unter uns geplant, wir hätten Glück, wenn die Hälfte unserer Leute mit dem Leben davonkäme« (S. 129).

¹⁰ *Hoegner* (wie Anm. 5) berichtet, zwei Abgeordnete hätten dafür plädiert, nicht an der Sitzung teilzunehmen: »Aber sie wurden leidenschaftlich niedergeschrien. Wir anderen lehnten es mit aller Schärfe ab, uns aus Angst vor dem Tode zu entmannen. Die deutschen Arbeiter hatten uns zur Vertretung ihrer Wünsche und Beschwerden in den Reichstag gewählt. Wir hatten kein Recht, uns ihrem Auftrag zu entziehen. Gleichviel was kam, wir hatten unsere Pflicht zu erfüllen« (S. 129 f.).

¹¹ Kurt Schumacher hatte unmittelbar vor der Reichstagssitzung am 23. März 1933 Wels angeboten, an seiner Stelle zu reden, was dieser ablehnte. Vgl. *Volker Schober*, *Der junge Kurt Schumacher 1895–1933*, Bonn 2000, S. 460.

¹² Das Konzentrationslager Dachau wurde am 22. März 1933 eröffnet. Ihm folgte eine Vielzahl von »frühen Konzentrationslagern«, in denen Gegner des NS-Systems außerhalb juristischer und rechtlicher Normen inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Vgl. dazu Wolfgang Benz/Barbara Distel, *Der Ort des Terrors*, Bde. 1 und 2, München 2005.

¹³ Nach lokalen Ausschreitungen gegen Juden in einzelnen Städten organisierte das NS-Regime am 1. April 1933 im ganzen Reich einen Boykott gegen jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Banken, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien.

¹⁴ Wels beendete seine Reichstagsrede am 23. März 1933 unter dem Gelächter der Nationalsozialisten mit folgenden Sätzen: »Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.« (Reichstagsprotokoll, S. 34).

¹⁵ Vgl. zur Rede Hitlers: *Verhandlungen des Deutschen Reichstags*, Bd. 457, 8. Wahlperiode 1933, 2. Sitzung vom 23.3.1933, S. 34 ff. (<http://www.reichstagsprotokolle.de>).

¹⁶ Otto Wels starb am 16. September 1939 in Paris im Alter von 66 Jahren. Zu seinem Lebensweg vgl. *Hans J. L. Adolph: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie, 1894–1939. Eine politische Biographie*, Berlin 1971.

¹⁷ Zum Austritt von Wels aus dem Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale am 30. März 1933 und ihren Hintergründen s. *Winkler, Weg*, S. 916 f.; *Schneider, Hakenkreuz*, S. 84 f.

¹⁸ Zur Anpassung der Gewerkschaften an das NS-Regime im Frühjahr 1933 und zu ihrer Ausschaltung nach dem 1. Mai 1933 vgl. *Schönhoven, Gewerkschaften*, S. 177 ff.; *Schneider, Hakenkreuz*, S. 91 ff.

¹⁹ Die Reichskonferenz der SPD tagte am 26. April 1933 und wählte einen neuen Parteivorstand, der von Otto Wels und Hans Vogel geleitet wurde. Vgl. *Winkler, Weg*, S. 923 ff.

²⁰ An der Reichstags Sitzung am 17. Mai 1933 nahm nur etwas mehr als die Hälfte der im März gewählten 120 Abgeordneten der SPD teil. Die Restfraktion hatte sich nach einer kontroversen Debatte mit 48 zu 17 Stimmen für eine Teilnahme an dieser Sitzung entschieden, in der sie der außenpolitischen Erklärung Hitlers zustimmte. Man hoffte, damit Repressionen gegen Mitglieder der SPD rückgängig machen und ein Parteiverbot verhindern zu können. Die Zustimmung zu Hitlers »Friedensrede« verstand man nicht als ein Vertrauensvotum für seine Regierung, sondern als Zustimmung zu einer friedlichen Außenpolitik Deutschlands. Vgl. dazu *Winkler, Weg*, S. 932 ff.; *Schneider, Hakenkreuz*, S. 107 ff.

²¹ In der Reichskonferenz vom 19. Juni 1933 grenzte sich die Inlands-SPD von der in Prag gebildeten Auslandsparteileitung ab und wählte ein sechsköpfiges Direktorium als eigenen Vorstand. Seine Aktivitäten wurden durch das Verbot der SPD am 22. Juni 1933 beendet. Zum Bruch zwischen dem Prager Exilvorstand und der Berliner Gruppe vgl. *Winkler, Weg*, S. 939 ff.

²² Brandt betonte seinen Standpunkt, die Arbeiterbewegung hätte auf den Papen-Putsch im Sommer 1932 mit einem Generalstreik antworten müssen und 1933 aktiv Widerstand leisten müssen, immer wieder. Vgl. dazu etwa seine Erinnerungen Links und frei, S. 49 ff., S. 62 ff. Auf einer Konferenz des DGB im Mai 1983 führte er beispielsweise aus: »Wenn das wahr ist, was man vorher selbst gesagt hatte, dass nämlich Hitler den Krieg bedeutete – was nur heißen konnte: Millionen Tote im eigenen Land und in Europa –, dann hätte die logische Folge sein müssen, dagegen auch dann Widerstand zu leisten, wenn er Opfer erfordert hätte. Dies gilt auch dann, wenn dieser Widerstand nicht erfolgreich gewesen wäre.« Zitiert nach *Ernst Breit* (Hrsg.), *Aufstieg des Nationalsozialismus, Untergang der Republik, Zerschlagung der Gewerkschaften. Dokumentation der historisch-politischen Konferenz des DGB im Mai 83 in Dortmund*, Köln 1984, S. 35. Zu Brandts Kritik am Verhalten der SPD in der Endphase der Weimarer Republik s. auch Dokument 21. Zur Forschungsdiskussion der Historiker vgl. *Kolb, Weimar*, S. 237 ff.; *Klaus Schönhoven, Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Attentismus in der Ära der Präsidialkabinette*, in: *Klaus Schönhoven,*

Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge. Hrsg. von *Hans-Jochen Vogel* und *Michael Ruck*, Bonn 2002, S. 309–327.

²³ Vgl. hierzu ausführlich: *Wolfram Pyta*, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 203 ff. Zur Reaktion der Parteiführung auf den Durchbruch der NSDAP zur stärksten Partei im Reichstag vgl. *Winkler, Weg*, S. 693 ff. Plakate und Broschüren der SPD, die im Kampf gegen die NSDAP in den frühen 30er Jahren verbreitet wurden, sind in dem von *Rüdiger Zimmermann* hrsg. Ausstellungskatalog: Kampf dem Hakenkreuz. Politische Graphik des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. im antifaschistischen Abwehrkampf, Bonn 2007, publiziert (Online-Galerie der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung).

²⁴ Wels hatte am Ende seiner Rede zum Ermächtigungsgesetz betont: »Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen« (Reichstagsprotokoll, S. 34).

²⁵ Dem Ermächtigungsgesetz stimmten am 23. März 1933 außer den Abgeordneten der SPD alle anderen anwesenden Mitglieder des Reichstags zu. Nicht an der Abstimmung teilnehmen konnten die bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gewählten 81 Abgeordneten der KPD, deren Mandate das NS-Regime vor der konstituierenden Sitzung des Reichstags in einem verfassungswidrigen Willkürakt hatte annullieren lassen. Vgl. *Daniela Münkel/Peter Struck* (Hrsg.), Das Ermächtigungsgesetz 1933. Eine Dokumentation zum 75. Jahrestag, Berlin 2008; *Rudolf Morsey* (Hrsg.), Das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des »Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«, Düsseldorf 1992.

²⁶ Vgl. die als Dokument 12 abgedruckte Rede Brandts.

²⁷ Das NS-Regime verfolgte die SPD-Abgeordneten, die in der Weimarer Republik dem Reichstag angehört hatten, von 1933 an besonders intensiv: 170 von ihnen wurden verhaftet, 38 kamen in der Haft ums Leben oder wurden ermordet, 65 gingen ins Exil. Vgl. *Martin Schumacher* (Hrsg.), M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. 3. erhebl. erw. u. überarb. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 27*.

²⁸ In der Gedenkveranstaltung am 19. März 1983 hatte auch Hans-Jochen Vogel, der Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, gesprochen. Seine Rede ist in der Dokumentation Politik (vgl. Anm. 1) ebenfalls veröffentlicht: S. 3–6.